

Direkte Demokratie auf dem Vormarsch

Lange war die Schweiz eine Hochburg der direkten Demokratie in Europa. Dass diese aber auch in der EU zurzeit einen Aufschwung erlebt, zeigt nicht zuletzt die Einführung des ersten grenzüberschreitenden direktdemokratischen Mittels weltweit – der Europäischen Bürgerinitiative.

ANGELA HÜPPI

BENDERN. «Eine gut funktionierende direkte Demokratie produziert eine Gesellschaft, die fast immer verliert, aber dennoch zufrieden ist», stellte Politikwissenschaftler Bruno Kaufmann gestern im Liechtenstein-Institut in Bendern fest. Er referierte im Rahmen der Vortragsreihe «Direkte Demokratie – Instrumente, Nutzung, Wirkung» über die direkte Demokratie in europäischen Staaten – und zeigte auf, dass diese zwar in allen europäischen Ländern rechtlich verankert, aber nicht überall gleich ausgestaltet ist.

Starker Wandel in Europa

Über die direkte Demokratie wird diskutiert – gerade nach der Schweizer Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative am vergangenen Wochenende war das Thema weltweit auf den Titelseiten vertreten. Die Abstimmung zeigt Parallelen zur Abstimmung über den EWR-Beitritt der Schweiz im Jahr 1992 auf – die Reaktionen aus Europa zeigen aber auch, dass

sich die Rolle der direkten Demokratie in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert hat. «Damals war man in Europa noch äusserst überrascht, dass man über solche Fragen überhaupt abstimmen kann», so Kaufmann.

Mittlerweile sei dies anders – in den vergangenen Jahren wurde in vielen europäischen Ländern über die EU selbst abgestimmt, in manchen sogar bis zu zehn Mal. «Gesamteuropäische Fragen waren in den vergangenen Jahren das Hauptthema der direkten Demokratie in Europa», führte Kaufmann aus. Diese Entwicklung ging bis hin zur Einführung der Europäischen Bürgerinitiative – dem ersten grenzüberschreitenden Mittel der direkten Demokratie weltweit.

In der Praxis kann es hapern

Das Thema direkte Demokratie sei in Europa definitiv angekommen, stellte Bruno Kaufmann fest. Aber in der Ausgestaltung gebe es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. «Nur weil die direkte Demokratie gesetzlich ver-



Bild: Elma Korac

Bruno Kaufmann zeigte auf, wie sich die direkte Demokratie in Europa in den vergangenen Jahren weiterentwickelt hat.

ankert ist, heisst das noch lange nicht, dass sie in der Praxis auch wirksam umgesetzt wird», so der Politologe. So gebe es beispielsweise Formen der direkten Demokratie, die lediglich ein Nachtragsrecht beinhalten – das heisst, dass die Regierung nach einem Entscheid selbst beschliesst, zusätzlich die Meinung des Volkes dazu einzuholen. Im Vergleich zur Möglichkeit, selbst eine Volksinitiative zu lancieren, ist dieses Mittel der direkten Demokratie relativ schwach.

Das Mittel der Volksinitiative wird ausserhalb der Schweiz und Liechtenstein immer noch relativ selten angewendet. «Auch hier hat es in Europa in den vergangenen Jahren allerdings eine Öffnung gegeben», sagte Bruno Kaufmann. So seien Initiativen und Referenden etwa in den deutschen Bundesländern immer wichtiger geworden.

Überzeugen statt befehlen

Gemäss Politologe Bruno Kaufmann hat die direkte Demokratie in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Auftrieb erhalten –

auch wenn einige Politiker sich davor fürchten, dass ihre Macht durch das Volk eingeschränkt wird. Bruno Kaufmann stellte allerdings klar: «Direktdemokratische Mittel machen eine Regierung noch repräsentativer.» Sie zwingt die Regierung, mit den Bürgern zusammenzuarbeiten und Entscheidungen gemeinsam zu verantworten. «Man befiehlt weniger, sondern versucht, die Menschen von der eigenen Ansicht zu überzeugen.»

Weltpremiere am Montag

Ein Beispiel dafür, dass die direkte Demokratie in Europa auf dem Vormarsch ist, ist die Idee der europäischen Bürgerinitiative, die vor einigen Jahren in der EU eingeführt wurde. EU-Bürger können seither eine Initiative einreichen, wenn sie eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten in einem Jahr sammeln. Am kommenden Montag gibt es dann die Weltpremiere: Die europäische Kommission stimmt über die erste so zustande gekommene Initiative zum Thema «Recht auf Wasser» ab.